

Ilustrierte Landeszeitung für die Provinz Sachsen und Thüringen.

1911. Nr. 420.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 204.

Druckerei für Halle und Magdeburg 250 Str., durch die Post bezogen 3 M. für das Vierteljahr.
25 Pfennige Zeitung erscheint wöchentlich frühmorgens. — Geschäfts-Verlag: Göttsche
Center (Halle, Holzschloß). Ill. Illustrationsblatt (Sonntagsblatt), Samstags, Mittelungen.

Zweite Ausgabe

Abgesandten für die Reichstagswahl: Ober-Bezirk Halle für Halle und den Saalkreis
20 Wg., unter-Bezirk 20 Wg., darunter ein Stimmkreis mit 20 Wahlberechtigten. Halle
angelegenheiten bei der Wahl in Halle a. S. und bei allen sonstigen Angelegenheiten.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61 u. 62.
Telephon 155 u. 158; Redaktionstelephon 1272.
Verleger: Dr. Walter Gedenleben in Halle a. S.

Donnerstag, 7. September 1911.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30.
Telephon Amt VI Nr. 16290.
Druck und Verlag von Otto Ziethe in Halle a. S.

Wahrheit und Dichtung im Demokratenpiegel.

In der Wahl im Wahlkreis Somburg-Waldmohr hat eine Landtagserversammlung stattgefunden, bei der die dortigen Liberalen eine starke Niederlage erlitten, während die Sozialdemokraten, welche früher dieselben nur einen sehr geringen Anhang hatten, es diesmal auf 1663 Stimmen brachten, freilich ohne das Mandat zu erringen, denn dieses fiel dem Zentrum zu. Das Anwachsen der Sozialdemokratie, allen Umständen nach auf Kosten der Liberalen, ist in Verfolg vom bürgerlichen Radikalismus betriebenen blühenden Sache kaum noch auffällig, hingegen lenken wir unsere Blicke auf eine Betrachtung der „Frankfurter Zeitung“ über die Ursachen des Vorbringens der Sozialdemokratie überhaupt und in diesem Falle im besonderen. Das Blatt will dem fortschrittlichen Liberalismus zu Gemüte führen, welche Lehren er aus den stellenweise überraschenden Erfolgen der „Genossen“ für seine eigene Ausbreitung ziehen könne und müsse. Dabei sind in diesem journalistischen Demokratenpiegel enthalten offenbar zugehörigen Wahrheiten auch für andere Parteien nicht minder beachtenswert als die phantastischeren Dichtungen über die Aussichten des liberalisierenden Radikalismus.

In den beiden Karikaturen „Agitation“ und „Opposition“ liegt nach Meinung der scharfsinnigen Frankfurterin das Geheimnis zukünftigen Weiterentwickelns für demokratische Landtagsversammlungen eingeschlossen. Inernehmlich vor ihnen nach so großen Opfern an Zeit und Geld zurückzublickende Werberarbeit werde die Schwärze der eigenen Landtagsversammlungen aufhellen lassen, denn von der Sozialdemokratie könnte man lernen, wieviel Stimmen bei rückwärtsloser Agitation aus den Reihen der schwankenden Gestalten sich unter Umständen herausziehen lassen.

Das nächste Agitation, wie die „Genossen“ sie in der Tat zu betreiben pflegen, bedeutsame Wirkungen zu erzielen vermag — ist eine durch vielfache Erfahrungen verbürgte Wahrheit, die auch von den rechtsstehenden Parteien niemals aus den Augen verloren werden darf. Aber diese Wahrheit ist auch mit einem höchsten Brandmal behaftet. Die unter den Wählermassen seitens der Agitatoren ausgeübte Aufklärungsarbeit muß auf den Individualismus und die Gemeinwohllosigkeit der Arbeitssubjekte spekulieren. Die Mitglieder der Sozialdemokratie verfügen über solche, unter dem angebotenen Gesichtswinkel schätzenswerte Eigenschaften. Die „Frankfurter Zeitung“ hat gewiß darin Recht, daß nur politische Einigkeit den sozialdemokratischen Willkürern Rettung oder auch nur Verständnis für sozialistische Dogmen ausbringen könnte. Die Agitation der Sozialdemokratie liest sich daher, ihre roten Schmieren vor den buntgemischten Gruppen zu schenken, sondern zieht es zweckmäßiger vor, die höchsten aufstrebenden Schlagworte, welche auch der bürgerlichen Demokratie gar sehr geläufig sind, der zu betretenden Menge einzublasen. Das Frankfurter Demokratenblatt empfindet das wie ein Stück unlauteren Wettbewerbs, denn jene Überläufer in das rote Lager rekrutieren sich, wie die unerschöpfliche Quelle freimütig ausgießt, vorwiegend aus dem liberalen Bürgertum. Letzteres müsse daher intensiver bearbeitet werden, damit die Untreue sich nicht weiter ausbreite. Ihr Sentiment lautet: „Diese Stimmen (der Willkürer) gehören von rechts wegen einer bürgerlichen Oppositionspartei“.

Wie hierher wird man dem Gedanken an den demokratischen Wahrheitslügen in der Hauptfrage folgen können. Denn jetzt aber die bedeutungsvolle Abwägung eines weitschmerzlichen Dichters ein. Wenn, wie angegeben, die Agitation zu Wirkungsboll sich auswirken läßt, warum würde man es, daß die Sozialdemokratie der bürgerlichen Opposition einen großen Teil ihrer Wähler wegnähme? Der Liberalismus sei eben lässig in der agitatorischen Betätigung, veräume es aber auch, eine ebenso frumme Organisation wie die „Genossen“ der Welt entgegen zu offenbaren.

Die Sozi machen mithin auch in den Befindungen ihrer oppositionellen Stellungnahme dem Freium weilsche Konkurrenz. Und das ist, nach dem Zeugnis der „Frankfurter Zeitung“, in der gegenwärtigen Situation schmerzlicher wie je, denn letztere wäre für die bürgerliche Demokratie selten günstiger gewesen: „eine Zeit, in der der Boden sich voller Sehnsucht öffnet nach dem Samen einer energiegelben Fortschrittspartei, in der es aber an den Händen fehlt, die den Pflug ziehen und den Samen ausstreuen.“ Das Auge des Dichters täuscht sich. Die bürgerliche Demokratie hat bisher in der Agitation und Opposition mit den „Genossen“ weder an demselben Stränge gezogen, und wenn die „bürgerlichen Oppositionellen“ trotzdem in der Entscheidungsschlunde zu den Notizen hinüberwechseln, so ist das weniger ein Beweis für die Unfruchtbarkeit der liberalen Ansicht, als vielmehr für deren starke Wirkungen. Das von der radikalen Presse mit Beschäftigung und Verbitterung durchgeführte Bürgertum, dem die Ungefährlichkeit der linken Sozi Tag für Tag vorgebetet wird, schwelmt schließlich nach ganz links ab, um durch seinen roten Schimmel nach zu bezeugen, daß es der ihm systematisch eingeprägten Opposition den schärfsten Ausdruck geben wolle. Die Vorurteil der Sozialdemokratie gedeiht! Wäre es anders, dann

müßte der fortschrittliche Liberalismus doch wenigstens in seinen Stammesgenossen, in Berlin und anderen Großstädten, der Sozialdemokratie beikommen können; statt dessen wächst die Zahl der Willkürer bei der Sozialdemokratie, je grimmiger die liberale Faust nach rechts hin drückt und je verlebter die demokratischen Zukunftsmusiker nach links hinüberziehen. Und das geschieht — es ist zum Weinen! — in einer Zeit, wo nach Auffassung der Frankfurterin die „Deperadopolitik“ des Herrn von Heubrand und „die politischen Dummetzen der Regierenden“ die aufgefährten Träger der bürgerlichen Demokratie systematisch in die Arme treiben!

Militärische Betrachtungen zur Marokkofrage.

Von Generalmajor a. D. v. Koebell.

Nachdem Frankreich die allgemeinen Grundlagen für die weiteren Verhandlungen in der Marokkofrage im Ministerrat festgelegt und der deutschen Regierung überreicht, wird diese Frage auch in der französischen Presse rühmlich, sachlicher behandelt. Auch beginnen jene Stimmen in der französischen Militärapresse zu vernehmen, die in leichtfertiger Weise an den Ruf von 1870 in Berlin nach dem verhängnisvollen archipel des damaligen Kriegsministers anklagen. Jetzt ist es daher Zeit zu sachlichen Überlegungen. Aus dem Gefühl der Sicherheit heraus, das begründet ist auf feste Kriegsvorbereitung und -Vereitschaft herrichte über dies bereits in den vergangenen Wochen in der deutschen Fachpresse (soweit es auch überhaupt in Militärkreisen eine wohlthuende Ruhe und Sachlichkeit. Keine Kriegsbrufe waren zu hören, wenig von Kriegsbegehrung zu spüren, alles aber war bereit, dem Rufe des Kriegsherrn zu folgen, wenn es die Ehre der Nation erfordert hätte. Der Ernst einer solchen Zeit fordert nicht zur Verneinung heraus. Anders in Frankreich. Dort hielten es angelegene Fachmänner für nötig, ihren Kameraden die vermeintliche Minderwertigkeit der deutschen Armee zu schildern. Während man in Deutschland gewiß nicht grübeln, annehmen, daß vermög des Ueberflusses an fräftigen, zum Militärdienste tauglichen Menschennaterials Deutschland im Kriegsfall infolge sein würde, immer neue Heeresmassen aufzustellen, auszubilden und gegen den Feind zu führen, somit den Krieg bis zur gänzlichen Niederwerfung fortzuführen, lehrt man den französischen Offizieren, daß Deutschland, im Gegensatz zu Frankreich, einen Feldzug nur kurze Zeit zu führen vermag, Hungernot und Revolution müßten nach dem ersten Stoß innerhalb weniger Monate den Zusammenbruch herbeiführen. Das heißt den französischen Offizieren und dem Volke gegenüber leichtfertig gehandelt. Unterschätzen des Gegners hat bisher stets zu Niederlagen geführt.

Wer im Jahre 1870/71 den Franzosen gegenübergestanden hat, wird ihre Tapferkeit und manche andere gute militärische Eigenschaften anerkennen. Ihre Armee ist der Deutschen an Zahl gleich, an Bewaffnung gleichwertig. Wichtige Kriegswerte lassen sich aber nicht einschätzen. Ob Frankreich aus gegebenem Anlaß über einen Feldherrn verfügen wird, kann niemand voraussagen, ein Kriegstrupp aber kann den Feldherrn nicht ersetzen, er würde sogar eine Schwäche des französischen Heeres in sich schließen. So fern deutschen Heereskreisen die Unterfchätzung der französischen Armee liegt, so stolz ist man aber auch und so sicher baut man auf den Wert des eigenen Heeres. Auch ausländische, einmündige Beurteiler erkennen bedingungslos an, daß das deutsche Heer auf der Höhe geliebt ist, die es 1870/71 zum Siege geführt hat. Gearbeitet wird stetig an der kriegsmäßigen Vervollkommnung. Das ist es, was dem deutschen Volke die Sicherheit gibt, daß der Welt der Frieden erhalten bleibt. Der Frieden um jeden Preis entspricht jedoch nicht dem deutschen Volksempfinden. Will man auch dem französischen Volke den Frieden erhalten, lasse man ab, die Gelegenheit über den Gegner zu verfahren. Das war schon einmal für Frankreich verhängnisvoll. Bei der Eigenart des Volksscharakters sind die Franzosen leicht geneigt, solchen Stimmen ihr Ohr zu leihen. Es sei an die lächerlichen Hoffnungen erinnert, die an den Vorzug auf dem Gebiete des Fliegenmenschen geknüpft wurden. Das französische Volk hat sich im Laufe der Jahre zu sehr daran gewöhnt, seinem Haß gegen die Deutschen die Sägel setzen zu lassen. Mit kaltem Blute lassen die Deutschen über sich ergehen, daß ihnen alles, sogar der Verlust des Gemüdes „Gioconda“ in die Schutze gegeben wird.

Durch das ertriebene Protektorat über Marokko erhoffen die Franzosen eine Wehrkraft. Wenn dieses auch Zukunftsmusik ist, so wird doch nach Erreichung des erstrebten Zieles ihre Ueberlegenheit wachsen. Das ist bei den Verhandlungen nicht außer acht zu lassen. Die Entscheidungsgangen müssen derartige sein, daß sich die Wehransgaben für das Reichswehr bezahlt machen, die durch den französischen Machtzuwachs bedingt sind. Es bedeuete solange keine Gefahr für Deutschland, solange wir über einen Ueberflut wehrfähiger Männer verfügen, deren Einstellung in das Heer dann aber geboten ist. Niemand darf Deutschland auf irgend einem Gebiete des Meeremeins Frankreich gegenüber im Rückstand sein. Das würde den Krieg bedeuten.

Deutsches Reich.

* Die Marokkoverhandlungen. In der Marokkofrage soll noch im Laufe des gestrigen Tages zwischen dem Reichskanzler und dem Staatssekretär v. Siedenfeld-Wächter eine Unterredung stattgefunden haben, da Herr v. Bethmann Hollweg gestern gegen Abend aus Kiel in Berlin wieder eingetroffen ist. Wie bei seinem Eintreffen in Kiel hielt der Reichskanzler auch gestern, Mittwoch, nach der Abreise des Erzherzogs Franz Ferdinand dem Kaiser an Bord der „Hohenzollern“ einen längeren Vortrag. Bei der oben angebeuteten Besprechung zwischen Kanzler und Staatssekretär dürfte es sich vermutlich um die endgültige Feststellung der deutschen Gegenansprüche auf den von Camboon überreichenden französischen Vertragsentwurf gehandelt haben. Mit um so größerer Spannung darf man der nächsten Zusammenkunft zwischen diesem und Herrn v. Siedenfeld-Wächter entgegensehen, die heute Donnerstag stattfinden dürfte. — Die „Kölnische Zeitung“ meldet noch aus Berlin:

Den deutsch-französischen Verhandlungen lag von Anfang an der Gedanke zu Grunde, daß Deutschland für die wirtschaftliche Betätigung in Marokko, namentlich für die Erhaltung und Fortentwicklung seines Handels in dem scheidenden Reich sichere Bürgschaften erhalten solle und daß Frankreich für die Einführung politischer Bewegungsfreiheit in Marokko aus auf kolonialen Gebiet entschädigen müsse. Zur Erfüllung dieser deutschen Wünsche hat die französische Regierung nunmehr einen schriftlichen Vertragsentwurf aufgestellt und am Montag vormittag durch den Botschafter Camboon hier überreicht lassen. Die Prüfung der französischen Vorschläge gibt Anlaß zu deutschen Gegenansprüchen. Da es sich für Deutschland in Marokko wesentlich um ausreichende Sicherstellung wichtiger wirtschaftlicher Interessen handelt, so müssen zu wiederholten Malen Sachkundige befragt und für verschiedene Punkte ins einzelne gehende Aufstellungen gemacht werden, was besondere Sorgfalt und entsprechende Zeitaufwendung erfordert. Es ist aber bisher (soweit vorarbeit) erfolgt, sowohl in der Frage der Bürgschaft für unsere wirtschaftliche Betätigung in Marokko wie für die Gebietsentscheidungen, daß bei der beiderseitigen guten Willen auf ein baldiges Ergebnis der Verhandlungen gehofft werden darf.

Schließlich verbreitet das W. Z. B. noch folgende Meldung aus Berlin: Die von der „Post“ verzeigende Warnung nach dem Abbruch der Marokkoverhandlungen ist unbegründet.

* St. Maj. der Kaiser ging, wie aus Kiel gemeldet wird, gestern, Mittwoch, gegen 1/2 Uhr nachmittags unter Salut von Bord der „Hohenzollern“ und begab sich auf dem Wasserwege zum Bahnhof, von wo er um 2 Uhr 30 Minuten mittels Sonderzuges nach Station Wildpark abreiste. — Zur Verabschiedung waren erschienen: Der Großherzog von Oldenburg, Prinz Waldemar, Großadmiral von Köster und Stadtkommandant von Bülowen. Der Großherzog von Oldenburg begab sich darauf an Bord seiner Yacht „Kestow“. Der Reichskanzler erreichte um 2 Uhr 50 Minuten nach Berlin zurück. — Prinz Georg von Bayern war bereits um 11 Uhr 10 Minuten wieder abgereist.

* Zur Errichtung des Kolonialdenkmals. Man schreibt uns:

Die erste Anregung, zu Ehren der in den kolonialen Kämpfen gefallenen Krieger ein Denkmal zu errichten, wurde aus kolonialen Kreisen schon im Jahre 1908 gegeben. Der Reichstag beschloß in demselben Jahre, die verbündeten Regierungen um Vereinstellung von Mitteln hierfür zu ersuchen. Es wurden daher durch die Kreis der Jahre 1909 und 1910 zur Förderung der Angelegenheit 60 000 M. ausgeworfen. Am Februar 1910 faßte der Reichstag eine Resolution, welche die Bildung einer Kommission aus Vertretern des Bundesrats und des Reichstags antrug. Im November v. J. fand Beratungen mit Reichstagsabgeordneten statt, die zu dem Ergebnis führten, daß die Errichtung des Denkmals weiter gefördert werden sollte. Daraufhin haben im Dezember des vergangenen Jahres Beratungen der beteiligten Reichs- und preussischen Behörden stattgefunden, bei denen der wesentlichen die Frage und die Frage des Wettbewerbs als Vorbereitung zu einer endgültigen Vereinbarung mit dem Reichstag erörtert wurden. Im Juni d. J. sind dann mittels gleicher Schreiben der zuständigen Reichsbehörden an die in Frage kommenden Gemeinden Groß-Berlins Anfragen gerichtet, ob sie bereit wären, zur Vergabe eines Platzes zur Uebernahme der Unterhaltung des Denkmals sowie zu Beiträgen für die Aufstellungskosten. Alle Vorortgemeinden haben bereitwillig geantwortet und Mitteilungen darüber gemacht, welche Beiträge sie etwa beisteuern könnten. Eine Vorortgemeinde, an die ursprünglich nicht bezogenet waren, meldete sich aus eigenem Antrieb mit der Bitte um Berücksichtigung. Diese vorbereitenden Schritte sollten nur die zu demien, einen Anhalt zu gewinnen, was das Denkmal den besten Platz finden würde und wie hoch sich die Kosten belaufen würden. Auf Grund dieser Anhaltspunkte sollte dann die Entscheidung über die Kosten des Denkmals und seine Aufstellung gefaßt werden. Ein eingeleiteter Schritt ist die Hauptaufgabe in besondern Maße für die Aufstellung des Denkmals in Frage gekommen. Es sollte allen durch die Anfrage Gelegenheit zur Stellungnahme

